



Verkehrshaushalt sendet schwaches Signal zur Verlagerung

Ab Dienstag, den 22.11.2022, steht im Bundestag der erste echte Ampelhaushalt zur finalen Debatte. Trotz einer Erhöhung der Mittel für die Schiene um 500 Mio. Euro gegenüber dem Regierungsentwurf überwiegt die Enttäuschung.

Trotz aller Bekenntnisse aus der Politik zur Verkehrsverlagerung, weg von der Strasse, hin zu Schiene bleiben Regierung und Parlament weit hinter den Möglichkeiten zur gezielten Verkehrsverlagerung zurück.“ Der aktuelle Haushaltsentwurf hat trotz der Aufstockung mindestens zwei Hauptprobleme:



Problem 1: Immer noch deutlich zu wenig Mittel

Die Mittel für den Neu- und Ausbau bereits geplanter Strecken werden 2023 um nur 0,1 Mrd. Euro im Vergleich zum Vorjahr angehoben. Positiv zu verbuchen sind die Steigerungen der Mittel für kleine und mittlere Maßnahmen (plus 40 Mio. Euro) und der schnellere Ausbau der Leit- und Sicherungstechnik samt ETCS-On-Board-Units (plus 104 Mio. Euro). Die Regierung war allerdings mit dem Ziel gestartet, mehr für den Schienenausbau als für Straßenneubauten bereitzustellen. Dieses Ziel wird zum zweiten Mal verfehlt.

Problem 2: Zu wenig dauerhafte Effizienzsteigerung

Von den zusätzlichen Mitteln – 1,5 Mrd. Euro insgesamt bis 2025 – geht nur etwa die Hälfte in kapazitätssteigernde Investitionen. „Ziel muss es dagegen sein, die Schiene durch Modernisierung leistungsfähiger und wirtschaftlicher zu machen – Beihilfen leisten dazu meist nur geringe Beiträge.“

Die Begründung, es würde am Geld fehlen, ist nicht nachzuvollziehen, solange sich diese Regierung weiterhin milliardenschwere Einnahmeausfälle aus dem Dieselsteuerprivileg und höhere Straßen- als Schieneninvestitionen leistet. Das Geld ist da, die Ampel muss es nur anders verteilen, um das Ziel von 25 % Marktanteil für den Schienengüterverkehr bis 2030 zu erreichen.“